



Das Braunkohlekraftwerk Matra liefert 15 Prozent des Stroms in Ungarn. © CommonsWikimedia, Attila Terbócs.

Ungarn will mehr Energie-Autonomie

Die EU will sich völlig von russischem Öl und Gas abkoppeln, dem bisher billigsten Energieträger. Für die Staaten Mittel- und Osteuropas ist dies noch schwieriger: Die Abhängigkeit ist größer, teure Energie wäre fatal für Wirtschaft und Haushalte. Ungarn setzt auf Atomstrom, Solarenergie und strebt nach mehr Unabhängigkeit von russischen Importen.

Tristan Csaplár | Politik, Wirtschaft | 20. Februar 2026

Als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg erließ die Europäische Union zahlreiche Sanktionen gegen russische Energieträger. Die Bereitschaft, diesen Schritt mitzugehen variierte stark entlang geographischer, historischer und wirtschaftlicher Bruchlinien. Während es für westeuropäische Staaten tendenziell einfacher war, sich von den russischen Energieimporten zu lösen, stellte dies die Staaten Mitteleuropas, deren Wirtschaft historisch stark auf russische Energieimporte ausgerichtet war, vor deutlich größere Herausforderungen.

Im Falle der Binnenländer Ostmitteleuropas erwies sich sowohl die historische Abhängigkeit, als auch die Erschließung alternativer Importrouten als besonders schwer. Bei mehreren dieser Länder, darunter auch Ungarn, war die Abhängigkeit vom russischen Gas sehr groß. Diese Tatsachen bergen ein relevantes Strukturproblem, denn ein solches Abhängigkeitsverhältnis ist wirtschaftlich wie politisch unvorteilhaft. Insbesondere Ungarn und die Slowakei standen in der jüngsten Vergangenheit immer wieder für ihre Entscheidung in der Kritik, an russischen Energieträgern festzuhalten.

Die ungarische Regierung konnte kürzlich sogar eine befristete Ausnahme von den US-Sanktionen gegen russische Öl- und Gasimporte erwirken. Dennoch ist die ungarische Energiepolitik durchaus einen genaueren Blick wert, denn das Land geht trotz der geographischen und infrastrukturellen

Historische Abhängigkeiten

Die ostmitteleuropäische Energieinfrastruktur wurde maßgeblich durch die Mitgliedschaft im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) geprägt, dessen sehr enge Export- und Kapitalaustauschbeziehungen langfristige und nachhaltige Abhängigkeitsverhältnisse schufen. Der traditionelle Energiehauptlieferant war die Sowjetunion und die kommunistische Ära der Infrastrukturentwicklung hinterließ ein von Ost nach West ausgerichtetes Netz der Öl- und Gasversorgung. Gleichwohl es nach der Wende immer wieder Bestrebungen gab diese Abhängigkeiten zu reduzieren, verliefen diese weitestgehend im Sande.

Bereits in der Gründungserklärung der Visegrád-Gruppe aus dem Jahr 1991 stand die Forderung nach einer gemeinsamen Energieinfrastruktur entlang der Nord-Süd-Achse und einer stärkeren Integration der Gasmärkte. Umgesetzt wurden diese Ziele freilich nie, da die Beteiligten oftmals die hohen Investitionskosten scheuten und lieber an den preiswerten russischen Energieimporten und der bestehenden Infrastruktur festhielten. Gleichwohl die Gaskrise 2009 – in deren Folge sich mehrere Staaten gezwungen sahen den nationalen Notstand auszurufen – den Staaten ihre Verwundbarkeit deutlich vor Augen geführt hatte, änderte sich an dieser Haltung kaum etwas.

Streben nach Diversifizierung

Die ungarischen Regierungen strebten immer wieder nach einer Diversifizierung der Importrouten. Zur Erreichung dieses Ziels wurde sowohl in Energiepartnerschaften als auch die notwendige Infrastruktur investiert. Insbesondere im Bereich der Gaslieferungen ist die ungarische Regierung bestrebt, die einseitige Abhängigkeit von Russland zu beenden. Bereits seit den 2000-ern wurde die Erschließung der Gasvorkommen im Schwarzen Meer durch Rumänien unterstützt. Nach mehr als 25 Jahren soll das Projekt Neptun Deep nun in der ersten Hälfte des Jahres 2027 in Betrieb gehen und jährlich rund acht Milliarden Kubikmeter Erdgas fördern.

2021 konnte die Gasversorgung zudem über das kroatische Flüssiggas-Terminal auf Krk diversifiziert werden. Allerdings konnte diese Route weder preislich noch quantitativ mit dem Pipelinegas konkurrieren. Zur weiteren Diversifizierung blickt Ungarn zunehmend in den Kaukasus und baut die Energiekooperation – insbesondere im Transitbereich – mit der Türkei aus. 2024 schloss Ungarn ein Abkommen über den Kauf eines fünfprozentigen Anteils am Shah Deniz Gasfeld in Aserbaidschan.

Gas aus Aserbaischan

Die Gasimporte aus Aserbaidshan sollen perspektivisch auf rund zwei Milliarden Kubikmeter im Jahr steigen – was 20% des inländischen Verbrauchs entsprechen würde. Auch im Bereich der Stromversorgung wurde eine engere Kooperation mit den beiden Südkaukasuststaaten Aserbaidshan und Georgien bekanntgegeben. Geplant ist die Verlegung eines 1.200 km langen Hochspannungskabels durch das Schwarze Meer nach Rumänien, um Ungarn und die EU mit „grüner Energie“ aus dem Südkaukasus zu versorgen.

In den letzten Jahren hat sich die Rolle Ungarns zudem von einem Verbraucher zunehmend zu der eines Transit- und Verteilzentrums gewandelt. 2025 betrug der Gasverbrauch 8,9 Mrd. m³ – bei einer inländischen Förderung von 1,8 Mrd. m³, die rund 18% des Bedarfs deckte. Der Erdgasimport hingegen betrug 12,4 Mrd. m³. 2022 betrug der ungarische Erdgasexport noch 1,5 Mrd. m³, bis 2025 stieg dieser Wert auf 5,8 Mrd. m³ an – nahezu die gesamte Menge ging an die Ukraine (2,9 Mrd.) und die Slowakei (2,5 Mrd.)

Solar- und Atomstrom

Der ungarische Energiemix erlebte in den letzten Jahren eine grundlegende Transformation und das Land konnte die eigenen Zielsetzungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien mehrfach übererfüllen. 2020 bestimmten neben der Atomkraft insbesondere Kohle und Gas den ungarischen Strommix mit einem Anteil von fast 40%. Bis 2025 konnte der Anteil von Kohle und Gas auf unter 30% reduziert werden. Erreicht wurde dies durch einen Zuwachs bei den erneuerbaren Energien. Der mit Abstand größte und am stärksten wachsende Teilbereich ist die Solarenergie. In den vergangenen zehn Jahren stieg der Anteil des Solarstroms in Ungarn von 0,2 auf 25 Prozent. Damit erreicht Ungarn auch weltweit einen Spitzenwert. Noch im Jahr 2019 wies der ungarische Strommix nur einen Solar-Anteil von vier Prozent auf, das Wachstum verlief also rasant.



Das AKW Paks soll mit US-Hilfe weiter ausgebaut werden. © CommonsWikimedia, Barna Rovács web

Ungarn setzte beim Ausbau der Solarenergie in den letzten Jahren neue Maßstäbe und erreichte im vergangenen Jahr zum vierten Mal in Folge die Marke von mehr als einem Gigawatt neu installierter Photovoltaik-Leistung. Wind- und Wasserkraft spielen in Ungarn aufgrund ihres geringen

Potentials lediglich eine untergeordnete Rolle. Die Geothermie birgt ein hohes Potenzial ist bisher jedoch kaum erschlossen.

Die Kernenergie stellt seit über 30 Jahren einen Kernbestandteil des Energiemix dar und lieferte 2025 knapp 45% der Stromversorgung des Landes. Das derzeit einzige Kernkraftwerk steht in Paks und liefert mit vier Druckwasserreaktoren eine Kapazität von 500 MW je Reaktor. Die Laufzeit der existierenden Einheiten in Paks wurde von der ungarischen Regierung verlängert, sie sollen zugleich um zwei neue Einheiten (Paks 2) erweitert werden, deren Konstruktion ein Prioritätsprojekt der Regierung ist.

USA statt Russland

Ende 2025 wurde zudem bekannt, dass Ungarn und die USA eine vertiefte Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie planen und Ungarn ab 2028 Kernbrennstäbe vom US-Unternehmen Westinghouse Electric Company beziehen wird, um die bisherige Abhängigkeit von Russland zu reduzieren. Ungarn meldete zudem Interesse an einer potenziellen Zusammenarbeit bei der Entwicklung der sogenannten kleinen modularen Reaktoren (SMR) an.

Ungarn steht bezüglich der CO₂-Emissionsintensität bei der Stromerzeugung im europäischen Vergleich mit rund 180 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde bereits jetzt gut dar. Deutschland, welches sich den Ausbau der erneuerbaren Energien auf die Fahne geschrieben hatte, wies 2024 mit einem Wert von 344 einen deutlich schlechteren Wert auf. Die ungarische Energiepolitik zeigt, wie man durch einen ideologiefreien Ansatz und unter Berücksichtigung der historischen Gegebenheiten einerseits die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft als auch die günstigen Nebenkosten für die Haushalte bewahren kann und andererseits die Transformation des eigenen Energie- und Strommixes vorantreiben und dabei auch im internationalen Vergleich neue Maßstäbe setzen kann.♦



Tristan Csaplár

Tristan Csaba Csaplár, geb. in Husum, Nordfriesland. Studium der Geschichtswissenschaften an der Universität Konstanz, mit dem Schwerpunkt auf ost- und mitteleuropäischer Geschichte. Während seiner Studienzeit absolvierte er Praktika bei der Forschungsgruppe EU/Europa der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin und dem Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit am MCC. Danach Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Auslandsbüro Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung in Budapest.
